

Gerrit Schlomach Scientific Assistant	Regional Program Near East/ Mediterranean
------------------------------------------	-------------------------------------------------



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

## Memo / Communication

31. Mai 2006

---

„Demokratische Institutionen wichtiger als Herrschaft der Scharia“

KAS Regionalprogramm begleitet innerislamischen Diskurs über politischen Islam

Kann durch eine islamisch geprägte demokratische Verfassung ein staatsbürgerlicher demokratischer Diskurs in Gang gebracht werden? Die meisten der mehr als 60 islamischen Gelehrten aus 21 verschiedenen Ländern, die in Amman vom 27. bis 29. Mai 2006 an der Konferenz „Towards a Civic Democratic Islamic Discourse“ teilnahmen, meinen ja.

Dem KAS Regionalprogramm Nahost / Mittelmeer und dem Al Quds Centre for Political Studies aus Amman gelang es, muslimische Vertreter mit den verschiedensten wissenschaftlichen und politischen Hintergründen aus der arabischen Welt, Asien, Europa und den USA zusammenzubringen. Die Teilnehmer erteilten radikalen islamistischen Bewegungen, die auf Intoleranz und Gewalt setzen, eine klare Absage. „Wir müssen einem Weg finden, um den islamischen Diskurs von Intoleranz und takfir [andere als gottlos zu bezeichnen] zu befreien“, eröffnete Dr. Sabri Rbeihat, Minister für politische Entwicklung Jordaniens die internationale Konferenz.

Während der Tagung nahmen sich die Teilnehmer der brisanten Themen von Vereinbarkeit von Staat und Religion sowie Demokratie und Islam an, die insbesondere durch das Vordringen des politischen Islam akut geworden sind. Dabei wurden verschiedene Pfade aufgezeigt, um die scheinbar widersprüchlichen Konzepte miteinander zu versöhnen. Muslime aus Indonesien, Malaysia und Indien erörterten nationale Wege, auf denen es gelang, in ihrer Region Demokratie und Marktwirtschaft nachhaltig zu festigen. An diesem interregionalen Vergleich zwischen Südostasien und der arabischen Welt wurde ersichtlich, dass nicht die Religion einer demokratischen Entwicklung im Wege steht. „Extremismus erwächst aus der wörtlichen Interpretation der Schrift, ohne Rücksicht auf die Realität der modernen Welt und den Kontext des

Originaltexts“, erklärte Syafii Anwar, Geschäftsführer des international Centre for Islam and Pluralism aus Indonesien.

Auf dem Weg eines islamischen staatsbürgerlichen demokratischen Diskurses wurden weitere Elemente identifiziert: Nach Ansicht von Dr. Mohammad Reza Khatami, ehemaliger Sprecher des iranischen Parlaments, sind das Einüben von Toleranz und die Etablierung demokratischer Institutionen wichtiger als die Herrschaft der Scharia. Uneinigkeit herrschte, ob nur ein streng säkularer Staat rechtsstaatliche und freiheitliche Standards garantieren kann. Dagegen war es unstrittig, Pluralismus und freie Meinungsäußerungen zu gewähren, um friedliche demokratische Kulturen zu etablieren und die politische Partizipation breiter Bevölkerungsschichten Realität werden zu lassen.

Die dreitägigen Diskussionen mündeten in einem Schlussdokument, in dem der Westen aufgefordert wurde, die politischen Berührungsängste gegenüber dem moderaten Islamismus abzubauen, um so den islamischen staatsbürgerlichen Diskurs zu unterstützen.



Dr. Sabri Rbeihat, Minister für politische Entwicklung Jordaniens, eröffnet die internationale Konferenz



Dr. Mohammad Reza Khatami, ehemaliger Sprecher des iranischen Parlaments, spricht über die Vereinbarkeit von Demokratie und Islam



Vertreter aus vier Weltregionen stellen sich dem dem politischen Islam